



WESTFÄLISCHE  
WILHELMS-UNIVERSITÄT  
MÜNSTER

## > **Asien-Monitor Oktober 2010**

Analyse und Bewertung aktueller  
politischer und gesellschaftlicher  
Entwicklungen in Asien

### **Wahlen in Birma**

## Hat Birma eine Wahl?

Am 7. November wird in Myanmar, wie Birma offiziell heißt, ein neues Parlament gewählt. Dies wären die ersten Wahlen nach 20 Jahren und ihr Ausgang ist in vielerlei Hinsicht ungewiss. Da ist zum einen die politische Opposition unter der Führung der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen hat. Da ist zum anderen die Tatsache, dass eine demokratisch legitimierte Regierung – nämlich genau die unter Aung San Suu Kyi – von der Militärjunta nach ihrem Wahlsieg an der Übernahme ihrer Ämter gehindert wurde. Und da ist zum dritten die desolante wirtschaftliche Lage Birmas, die die Bedeutung von Wahlen angesichts der existentiellen Probleme des Landes in den Hintergrund rücken lässt.

Der Ausgang der Wahlen, die wirtschaftliche Situation Birmas, das Schicksal der unter Hausarrest stehenden Oppositionsführerin Suu Kyi und Birmas Verhalten in internationalen Organisationen, namentlich der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations – Verband südostasiatischer Staaten), beschäftigt die Medien, insbesondere angesichts des näher rückenden Wahltermins. Auf drei Aspekte sei in diesem Zusammenhang hingewiesen. Erstens: Es klingt nach Verschwörungstheorie, wenn Exilbirmaner die Vermutung äußern, dass hinter der massiven Armut der Bevölkerung ein Masterplan der birmanischen Militärjunta steht: Wer hungert und sich um sein

physisches Überleben sorgen muss, kämpft nicht. Aber dieses Argument, so abenteuerlich es auch klingen mag, entbehrt nicht einer gewissen Plausibilität. Angesichts der gewaltigen Rohstoffvorkommen und anderer Ressourcen Birmas (Erdgas, Erdöl, Edelsteine, Holz, Agrarprodukte, Tourismus etc.) lässt sich die unglaubliche Armut (jährliches Pro-Kopf-Einkommen von ca. 200 US-Dollar) verbunden mit Hungersnöten in der Bevölkerung nicht allein durch Misswirtschaft erklären und auch nicht allein durch die hohen Kosten, die die birmanische Regierung für Polizei, Militär und Geheimdienste aufwendet. Die Ende der 1980er Jahre begonnene Umstrukturierung der Wirtschaft (Privatisierung von staatlichem Eigentum) führt nur zu einer Wohlstandsmehrung einer verschwindend kleinen Gruppe der Bevölkerung, die größtenteils der Militärjunta nahe steht. In diesem Zusammenhang sei noch an die Überschwemmungskatastrophe im Jahr 2008 als Folge eines Wirbelsturms erinnert. Damals lehnte die birmanische Regierung Hilfsangebote des Auslands ab. Dies lässt sich nicht allein mit dem Wunsch nach nationaler Autarkie der birmanischen Regierung erklären. Es ist vielmehr zu vermuten, dass diese kein Interesse an einer effizienten und schnellen Hilfe für die in Not geratene Bevölkerung hatte. Die birmanische Regierung verwaltet nicht Mangel, sie schafft ihn.

Zweitens: Bei aller Wertschätzung für die Friedens-Nobelpreisträgerin Aung San Suu

Kyi ist nicht zu übersehen, dass die politische Opposition des Landes nicht nur gespalten ist, sondern auch über kein kohärentes Programm verfügt, das sie der regierenden Militärjunta entgegensetzen könnte. So hat sich mit der Gründung der *National Democratic Force* (NDF) ein Flügel der Opposition gegründet, der in den anstehenden Wahlen kandidieren wird, während die Anhänger von Aung San Su Kyi auf ihren Aufruf hin die Wahlen boykottieren werden. Auch fehlt es an abgestimmten Konzepten von der Opposition, die sich zu großen Teilen im Ausland befindet und sich über wichtige Fragen der weiteren Entwicklung Birmas nicht einig ist.

Drittens: Das birmanische Regime spielt erfolgreich die „chinesische Karte“. Die Innenpolitik Birmas lässt sich ohne die Rolle, die die Volksrepublik China darin spielt, nicht verstehen. Externen Druck, sei er aus den USA, aus der EU oder aus der ASEAN, beantwortet die birmanische Regierung in der Regel mit einer engeren Bindung an die Volksrepublik. Die ASEAN, deren Mitglied Birma seit 1997 ist, verzichtet auf Einflussnahme auf die repressive Politik ihres Mitgliedslandes, abgesehen von dem eher schwachen Bemühen des Nachbarn Thailand mit einer Politik des konstruktiven Dialogs. Der gegenwärtig stattfindende ASEAN-Gipfel in Hanoi zeigt die Uneinigkeit innerhalb der ASEAN zu dieser Frage. Während einige Mitgliedsländer auf die Problematik der anstehenden Wahlen hinweisen, betont Vietnam die Nichteinmischungs-Politik und möchte die Wahlen in Birma nicht thematisieren. Es ist

nicht im Interesse der ASEAN, dass sich Birma der Volksrepublik China stärker annähert, denn einerseits befürchtet der Staatenbund eine weitere Ausdehnung der chinesischen Dominanz in der Region, zum anderen kommt hier auch eine globale Dimension ins Spiel. Chinas und Birmas Volkswirtschaften erscheinen kompatibel, denn China exportiert eine große Menge von Industrieprodukten und Halbfertigprodukten nach Birma, das seinerseits Rohstoffe liefert. Aber es eröffnet China auch den Zugang zum Indischen Ozean, denn vor der birmanischen Küste hat China bereits einen Militärstützpunkt eröffnet, von dem aus Aufklärungsoperationen im gesamten Indischen Ozean und insbesondere auf dem indischen Festland möglich werden.

Wie auch immer die Wahlen am 7. November ausgehen werden: Es können keine einschneidenden Veränderungen in der politischen Konstellation erwartet werden. Die Militärjunta ist mehr an der Stabilität ihres Regimes als an der inneren und äußeren Sicherheit des Landes interessiert. Birma erweist sich als ein Lehrstück in der Demokratisierungsforschung: Wirtschaftliche Konsolidierung führt nicht zwangsläufig zu einer Transformation oder sogar Demokratisierung eines Landes. Das hat auch schon das Beispiel China gezeigt.

**Autorin: Susanne Feske**, Professorin für die Politik Südostasiens am Institut für Politikwissenschaft der Uni Münster.

## **Herausgeber:**

*Prof. Dr. Susanne Feske, feske@uni-muenster.de:*

Prof. Dr. Susanne Feske ist Professorin für die Politik Südostasiens am Institut für Politikwissenschaft der Uni Münster. Ihre Forschungsschwerpunkte sind China und Südostasien, japanische Außenpolitik, Rüstung und Rüstungskontrolle in Asien sowie die Theorien der Internationalen Beziehungen.

*Stephan Engelkamp, stephan.engelkamp@uni-muenster.de*

Stephan Engelkamp hat Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft in Münster und Straßburg studiert und promoviert an der Graduate School of Politics Münster zu traditionellen Herrschaftskonzepten in Südostasien.

*Tobias Romberg, info@tobias-romberg.de*

Tobias Romberg ist Journalist und Doktorand. Das Thema seiner Promotion lautet: Regression statt Konsolidierung von südasiatischen Demokratien der dritten Demokratisierungswelle – eine Analyse am Beispiel Pakistan.

Der **ASIEN-MONITOR** analysiert und bewertet regelmäßig aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Asien und greift dabei auf die in Münster versammelte Expertise (Politikwissenschaft, Ethnologie, Geschichte, Sinologie) zurück.